

Marianne Braig/Christian U. Baur

Mexikos Süden: Grenzüberschreitungen und die Schleusen hemisphärischer Sicherheit

Die junge Frau aus Honduras, die illegal, ohne Papiere an der mexikanischen Südgrenze von der mexikanischen Einwanderungsbehörde festgehalten und verhört wird, antwortet auf die Frage, ob sie etwas mit der Mara Salvatrucha zu schaffen hätte: "No señor, nosotros somos cristianos, servimos a Dios". Niemand so heißt es, könne lebend die Maras verlassen. Die einzige Tür, die sich öffne, sei die zu den Evangelikalen. Sie böten nicht nur die Vergebung Gottes, sondern auch den Schutz ihrer wachsenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung in Mittelamerika und im Süden Mexikos (Ronquillo 2004a: 9).

1. Einleitung: Mexiko ist nicht Chiapas

"Der Zorn der Indios", der am 1.1.1994 weltweit sichtbar und in der Gestalt des *Subcomandante Marcos* international wahrgenommen wurde, ist schließlich trotz der erfolgreichen *Performance* des *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN) ein lokal eingrenzbarer Aufbruch geblieben. Fast scheint es so, als hätten die Beobachter Recht behalten, die damals Chiapas kurzerhand zum 'Dritte-Welt Klumpfuß' erklärten. Aus einer solchen Perspektive waren es sehr spezifische lokale Gründe, die zum "Aufstand der Indios" führten: Die Unzugänglichkeit der vergessenen Grenzregion, die verschlossene Mentalität der religiös gespaltenen Maya-Nachfahren, die besonders korrupten lokalen Kaziken des *Partido Revolucionario Institucional* (PRI); kurz die lange Geschichte von Abgeschiedenheit – weit weg von Mexiko-Stadt. Von derart eingrenzbaren Problemen drohte keine Gefahr. Die internationalen Finanzmarktakteure, die damals, Mitte der 1990er Jahre, Mexiko als *emergent market* noch hoch wertschätzten, waren sich einig und sahen die Ereignisse in der Selva Lacandona gelassen. "Solange der 'Schatten von Chiapas' nicht auf die Finanz- und Wirtschaftszentren falle und die 'Gespenster von Chiapas' sich auf "den Teil Mexikos beschränken, der ohnehin zu Mittelamerika"

gehöre, solange "die Gewalttätigkeit und das Klima der Verunsicherung nicht auf die wirtschaftlich starken Zonen im Norden" übergreife, könnten die "Börsen gute Mine zum bösen Spiel machen". So betrachtet hielt sich nach der Ansicht von David Rockefeller (Chase Manhattan Bank), zitiert im Handelsblatt am 5.2.1994, der Schaden des Aufstandes im Südosten Mexikos für die Finanz- und Wirtschaftskreise in Grenzen.

Doch seit dem 1.1.1994 hat sich in Mexiko vieles verändert: Das Land ist nicht nur Mitglied von NAFTA und OECD, es hat die "erste Finanzkrise der globalen Finanzwelt" zum Jahreswechsel 1994/95 durchlebt und die Abwahl der PRI bei den Präsidentschaftswahlen 2000. Doch vielleicht noch grundlegender sind Veränderungen, die langsamer und schleicher verlaufen: Mexiko wird immer mehr zu einem Grenzraum zwischen Süd- und Nordamerika, zu einem Puffer des Nordens gegenüber dem Süden, in dessen Territorien sich verschiedene Schleusen ausbilden für die vielfältigen Bewegungen von Süden nach Norden und in umgekehrter Richtung.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Südgrenze und mit ihr der Raum zwischen Panama und Puebla¹ seit dem Ende der 1990er Jahre an Bedeutung – nicht nur für die Regierung in Mexiko-Stadt sondern auch für die in Washington. Die schwer zu kontrollierende Südgrenze des Landes gilt dabei nicht nur als Einfallstor von illegalen Migranten aus Mittel- und Südamerika, die auf verschlungenen Wegen in Richtung Norden unterwegs sind. Inzwischen wird deutlich, dass diese Wege von Jugendbanden kontrolliert werden, auf welchen sie Menschen, Drogen, Waffen, artengeschützte Tiere u.v.m. durch Mexiko schleusen. Ganz anders als die EZLN sind es die "Mara Salvatrucha", die zum Symbol der Grenzen der Macht des mexikanischen Nationalstaates an seiner Südgrenze und zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit Mexikos geworden sind und die für ein transnationales Gewaltphänomen stehen, für ein Klima der Verunsicherung zwischen San Salvador und Los Angeles.

In unserem Beitrag wollen wir zunächst versuchen, sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Grenzüberschreitungen in einem Raum deutlich zu machen, der traditionell durch schwache formelle zwi-

1 Ein Versuch, dem Gebiet zwischen Puebla und Panama Gestalt zu verleihen, sollte das Entwicklungsprojekt Plan-Puebla-Panama darstellen (Maihold 2001).

schenstaatliche Grenzen charakterisiert ist; in welchem sich jedoch zahlreiche aterritoriale, (und zumindest für den Außenstehenden) unsichtbare Räume öffnen und neue Grenzziehungen herausbilden. In diesen wirken die Grenzen der Macht des mexikanischen Nationalstaates ebenso, wie die Macht weiterer sehr unterschiedlicher Akteure, die neue Grenzen durchsetzen.

Da jedoch die Zuspitzungen an der Südgrenze Mexikos ohne die Berücksichtigung der Verschiebungen im US-amerikanischen Sicherheitskonzept für die westliche Hemisphäre, wie sie seit Beginn der 1990er Jahre festzustellen sind, nicht zu verstehen sind, werden wir uns auch mit der Neuausrichtung des Sicherheitsbegriffes in den USA befassen. Dieser zielt zunehmend auf den unkontrolliert wandernden Grenzgänger als Risikoträger.

2. Chiapas ist nicht Mexiko!?

Für Mexiko ist die Grenze mit den USA, diese 3.141 km lange "offene Wunde" (Carlos Fuentes) nur eine von vielen Grenzen, die sich auch nicht dadurch erfassen lassen, indem die 1.138 km lange Südgrenze einfach hinzu addiert wird – davon 962 km mit Guatemala und 176 km mit Belize (Fábregas Puig 1998: 310).² Es verlaufen weitere Grenzen, aber auch Schleusen, innerhalb des mexikanischen Territoriums und über dieses hinaus. Die entstandenen Grenzen sind nicht klar zu verorten und ihre geographischen Abgrenzungen auch nicht durch internationale Abkommen zu regeln, weil es Grenzen aterritorialer Räume sind.

Ebenso unklar blieb lange Zeit die nationalstaatliche Grenzlinie zwischen Guatemala und Mexiko; denn ob Chiapas und der heute dazugehörige Soconusco zu Mexiko oder zu Guatemala gehören sollten, wurde erst 1882 und 1894 in Staatsverträgen geklärt.³ Dem war

2 Entlang der Südgrenze finden sich vier mexikanische Bundesstaaten: Chiapas, Tabasco, Campeche und Quintana Roo. Wir beschränken uns auf den traditionell bedeutsameren und konfliktreicheren Teil der Staatsgrenze zwischen Chiapas und Guatemala, auch wenn die in diesem Text genannten Zahlen zu den Migrationsbewegungen stets für den gesamten mexikanischen Süden Gültigkeit haben.

3 Die Grenzstreitigkeiten liegen auch in der langen gemeinsamen Geschichte dieser Region begründet, die zurückreicht bis in die Anfänge des spanischen Kolonialreiches. Damals war Nord- und Mittelamerika geteilt in die beiden Verwaltungsbereiche Neu-Spanien (das heutige Mexiko) und die *Capitanía General de Guatemala* (heutiges Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica). Im

ein jahrzehntelanger Streit um das Territorium zwischen Mexiko und Guatemala, aber auch innerhalb der chiapanekischen Agraroligarchie vorangegangen. Die Mehrzahl der Großgrundbesitzer entschied sich letztlich für eine Integration in den mexikanischen Nationalstaat. Es bestand Hoffnung auf den Ausbau der bereits guten Handelsbeziehungen zu Mexiko-Stadt, aber auch auf einen besseren militärischen Schutz im Falle lokaler Unruhen. Für die Anbindung an Mexiko sprach jedoch in erster Linie gerade die große Entfernung zwischen Chiapas und dem Machtzentrum Mexiko-Stadt. Durch die geographische Distanz sah man auch künftig ausreichend Autonomie gegenüber der nationalen Regierung gewährleistet (Hernández Castillo 2001: 34; Gutiérrez Sánchez 2000: 117f.).

Die späte Festschreibung der mexikanischen Südgrenze korrespondiert mit ihrer jahrzehntelangen geringen Bedeutung im Kontext nationalstaatlicher territorialer Differenzierung. Auch in diesem Sinne gilt: Die (mexikanische) Revolution ist nicht nach Chiapas gekommen. Bis heute hat der mexikanische Staat nur beschränkten Einfluss auf die Organisation politischer Herrschaft in Chiapas. Auch wenn die lokale Elite der PRI angehörte und bis zu Beginn der 1990er Jahre stets für überwältigende Wahlsiege dieser Partei vor Ort sorgte, waren die Einflussmöglichkeiten der zentralstaatlichen, metropoliten Modernisierungskoalition relativ begrenzt gegenüber den peripheren Machtkonfigurationen.

Ebenfalls äußerst gering war der Grad der Inklusion der indigenen Bevölkerung von Chiapas in das nationale Projekt. Im Gegenteil, die ökonomischen und sozialen Reproduktionsbedingungen der im Grenzgebiet ansässigen *indígenas* änderten sich sehr lange nur geringfügig. Bis heute werden zum Handeltreiben, Heiraten und zur saisonalen Arbeit auf den Plantagen im Soconusco weiterhin Wege zurückgelegt, die die Grenze zwischen Mexiko und Guatemala beständig und ungehindert kreuzen. Diese Verdichtung grenzüberschreitender, saisonaler Arbeitsmigration geht zurück auf die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts im Soconusco ausdehnenden Kaffeepplantagen.

Zuge der Befreiung von der spanischen Kolonialherrschaft nach 1821 entstanden die *Provincias Unidas de Centro América*, aus denen später die heutigen Staaten Zentralamerikas hervorgingen (Ángel Castillo 2003: 39).

Neben lokaler Arbeitsmigration war die relative Sicherheit vor politischer Verfolgung, die der mexikanische Staat Fremden anzubieten hatte, ein weiterer Anziehungspunkt. Mexiko nahm immer wieder eine besondere Rolle als Asyl gewährende Nation ein. In den 1930er und 1940er Jahren wurde Mexiko zur Zuflucht für Flüchtlinge vor allem aus Europa. In den 1970er und 1980er Jahren fanden politisch Verfolgte aus Mittel- und Südamerika Asyl. Diese Exilbewegungen konzentrierten sich jedoch eher in der Hauptstadt. Das änderte sich erst mit der Flucht großer indianischer Bevölkerungsgruppen vor der brutalen Verfolgung durch die guatemaltekischen Militärregierungen, insbesondere unter Rios Mont zwischen 1982 und 1983. Schätzungsweise flohen über 100.000 Guatemalteken über die Grenze, von denen viele in Flüchtlingslagern im Süden untergebracht wurden (Gutiérrez Sánchez 2000: 118f.). Zusammenfassend lassen sich die unterschiedlichsten Formen von Wanderungs- und Migrationsbewegungen ausmachen, die zu einem konstituierenden Element des mexikanischen Südens geworden sind.

Der mexikanische Nationalstaat gewinnt an Präsenz erst in seinen langsamen und unkoordinierten Reaktionen auf Migrations- und Fluchtbewegungen sowie auf lokale Aufstände in den 1980er und 1990er Jahren – doch diese Präsenz beschränkt sich zumeist auf eine militärische, wie etwa im Zuge des EZLN-Aufstandes. Die Sicherheitsakteure des Zentralstaates, wie beispielsweise die 1998 neu geschaffene Bundespolizei PFP (*Policía Federal Preventiva*), können sich bis heute nicht gegen die lokalen Machtcliquen und deren eigene Gewaltapparate durchsetzen. Daher gehen sie mit diesen mehr oder weniger offene Bündnisse ein, die in einer Tolerierung bestehen können, oder auch in einer partiellen Zusammenarbeit.

Extralegale Gruppen Bewaffneter haben in Chiapas eine lange Tradition. Bereits in den 1950er Jahren wurden Gesetze erlassen, die die so genannten *guardias blancas* legalisierten, die unter veränderter Bezeichnung bis heute existieren. Es sind bewaffnete Zivilisten, die von Kaffee-*finqueros*, Viehzüchtern oder indigenen Kaziken bezahlt und ausgerüstet werden, und deren Interessen durchsetzen sollen. Häufig arbeiten diese Paramilitärs mit den örtlichen Polizeibehörden zusammen. Heute nennen sich diese Gruppen bewaffneter Männer *Paz y Justicia*, *Máscara Roja* oder *Movimiento Indígena Revolucionario Antizapatista* (MIRA). Ihre Mitglieder rekrutieren sich vor allem

aus den vielen arbeitslosen indigenen Jugendlichen, deren Kaziken eine Allianz mit den lokalen wirtschaftlichen und politischen Machthabern eingegangen sind, weil sie ebenso wie diese (etwa Großgrundbesitzer und PRI-Funktionäre) fürchten, im Zuge autonomer indigener bzw. religiöser Bewegungen und dem Aufstand der EZLN an Einfluss zu verlieren (Hernández Castillo 2001: 227-232).

Die Vielfalt und Unübersichtlichkeit staatlicher und parastaatlicher Gewaltakteure ist also ein weiteres konstituierendes Element für die Ausgestaltung des Grenzraums, neben der traditionellen und lokal begrenzten saisonalen Arbeitsmigration. In Bezug auf die Macht des Nationalstaats wird deutlich, dass die Südgrenze nicht die Außenlinie eines Territoriums ist, welches durch das Gewaltmonopol eben dieses Staates nach innen und außen bestimmt ist. Die an der Südgrenze deutlich werdende Begrenzung der "effektiven Gebietsherrschaft" ist jedoch nicht allein ein Phänomen der entlegenen, ländlichen und peripheren Gebiete. Sie bleibt auch nicht beschränkt auf Grenzstädte und Grenzposten. Die Begrenzungslinien territorialer nationalstaatlicher Herrschaft ziehen sich durch das gesamte mexikanische Territorium und werden konstituiert durch transnationale Bewegungen.

Wie viele Menschen in den letzten Jahrzehnten die Südgrenze nach Norden hin überquert haben, ist sehr schwer zu schätzen. Am besten geeignet scheinen Untersuchungen über Abwanderungen in den verschiedenen Ursprungsländern. Zwischen 1978 und dem Beginn der 1990er Jahre sollen mehr als zwei Millionen Menschen aus Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua ihre Heimat in Richtung Norden verlassen haben. Dazu kommt nochmals eine schwer bestimmbare Zahl an Flüchtlingen aus Kolumbien, Ecuador, Peru oder Bolivien. Inzwischen wird angenommen, dass heute höchstens noch fünf Prozent aller Saisonarbeiter, die etwa auf den chiapanekischen Plantagen arbeiten, Mexikaner sind. Zumeist sind es Männer (über 87%) aus Guatemala und Honduras, die entweder saisonabhängig nach Chiapas kommen; oder sie betrachten Chiapas als erste Station auf dem langen Weg in den Norden. Für diese Menschen in der Transmigration sind die Kaffee- und Bananenplantagen ein Ort, wo sie viele Gleichgesinnte treffen, Erfahrungen austauschen können und wo sie das benötigte Geld für die Schleuser verdienen, die sie in die USA bringen sollen (Gutiérrez Sanchez 2000: 121ff.).

Nach Angaben der mexikanischen Migrationsbehörde *Instituto Nacional de Migración* stieg die Zahl der Guatemalteken, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis für Arbeiten auf den mexikanischen Plantagen erhielten, zwischen 2001 und 2003 von 42.500 auf 45.000 an. Die Zahl derjenigen, die eine offizielle Durchreiseerlaubnis erhielten, stieg zwischen 1989 und 2000 von 102.234 auf 172.039, im Jahre 2003 waren es nur noch 98.418. Interessant ist auch die Entwicklung der aufgegriffenen *indocumentados*, die zum überwiegenden Teil aus Guatemala und Honduras kommen: zwischen 1995 und 2003 stieg die Zahl der Ausgewiesenen von etwa 104.000 auf rund 178.000; die Zahl eingeleiteter Strafverfahren gegen Menschenhändler stieg im selben Zeitraum von 630 auf 1.498. Es gibt Schätzungen, die von rund 450.000 Transmigranten ausgehen, die 2003 die Südgrenze Mexikos in Richtung USA passiert haben sollen (Instituto Nacional de Migración 2004; Hernández 2004). Den Zahlen kann entnommen werden, dass der mexikanische Staat neuerdings versucht, den steten Fluss an Migranten gen Norden stärker zu kontrollieren, was sich in den sinkenden Zahlen legaler Transmigration und dem Anstieg der Abschiebung (Smith 2001) von *indocumentados* ausdrückt.

Migration nach und durch Chiapas hindurch, sei sie saisonal oder dauerhaft angelegt, reicht jedoch nicht aus, um die Besonderheiten der Südgrenze als Interferenzzone transnationaler Räume zu verstehen. Zwischen Mexiko und Guatemala sind alternative Sphären entstanden, die sich quer zu nationalstaatlichen Grenzen von Mittelamerika über Mexiko bis tief hinein in die USA erstrecken und ihrerseits wiederum neue Grenzen ziehen. Die Grenzüberschreitungen gehen nicht in der transnationalen Migration auf, vielmehr sind es Räume gemeinsamer Praktiken, Erfahrungen und Kommunikation, die sich jenseits des Nationalstaates und der lokalen Kaziken und ihrer herrschenden Praxen entwickeln. Von den verschiedenen Dynamiken, die in Mexikos Süden zu berücksichtigen sind und die für die Öffnung und Schließung transnationaler Räume im Kontext der mexikanischen Südgrenze von Bedeutung sind, wollen wir zunächst diejenigen genauer betrachten, die sich durch den Bruch mit alten Loyalitätsstrukturen auszeichnen bzw. mit der Entstehung neuer Identitäten und Netzwerke verbunden sind. In Blick geraten hier religiöse Grenzüberschreitungen, Konversionserfahrungen, die nicht selten mit Vertreibung sowie lokalen Wanderungs- und Kolonisationserfahrungen innerhalb Chiapas' ver-

bunden sind. Ein Phänomen stellt in diesem Zusammenhang die seit den frühen 1970er Jahren von Anthropologen beobachtete *re-indianización* dar.

3. Re-Indianisierung jenseits nationaler Zugehörigkeit und lokaler Hörigkeit

Mit Schlagworten wie *re-indianización* und *desmestización* wird versucht, Veränderungen in den südlichen Bundesstaaten Mexikos, vor allem in Chiapas, zu beschreiben, die nur unzureichend mit dem (durchaus beachtlichen) demographischen Wachstum der vergangenen Jahrzehnte zu erfassen sind. Zwischen 1970 und 1990 stieg die Zahl der indigenen Bevölkerungsgruppen in Chiapas von 1.559.340 auf 3.210.496. Während sich ihre Zahl also mehr als verdoppelte (nämlich um 105%), stieg die Zahl derjenigen, die einer indianischen Sprache mächtig sind, im selben Zeitraum von 287.836 auf 716.012 an, was einen Zuwachs von fast 149% ausmacht (Gutiérrez Sánchez 2000: 37ff.). Daran lässt sich, über den nominalen Anstieg der Bevölkerung hinaus, eine Ausbreitung der im indigenen Kontext wichtigen identitätsstiftenden Praxis – der Beherrschung der eigenen Sprache – ablesen und ein Anstieg indigenen Selbstbewusstseins vermuten. Dass hiermit auch eine beachtliche religiöse Konversion verbunden ist, wird am Anteil der Nicht-Katholiken deutlich. Dieser liegt in Chiapas mit 21% deutlich über dem Landesdurchschnitt von 17% (Kruip 2004).

Die Erfahrungen und Praktiken, die mit den hinter den Statistiken sich verbergenden, veränderten Identitätsstrukturen zusammenhängen, sind vielfältige. Sie können einhergehen mit religiösen Grenzüberschreitungen, die sich sowohl in den Übertritten zu protestantischen Sekten, als auch in der zeitweise wachsenden Bedeutung von Basisgemeinden, die der Theologie der Befreiung verbunden sind, oder der Unterstützung der EZLN ausdrücken. Doch wie auch immer im Einzelnen begründet, ist der Zugang zu Ackerland in der Regel das Motiv für einen Grenzübergang in vielen traditionellen Siedlungsräumen indigener Gruppen in Chiapas, wie etwa in der Region Los Altos. Hier kann man seit Beginn der 1970er Jahre – auf Grund von Übergriffen etwa von Viehzüchtern auf kommunales Land sowie der Bevölkerungsentwicklung – eine deutliche Verknappung der landwirtschaftli-

chen Anbauflächen feststellen. Dieser Prozess ist umso bedeutsamer, als der Zugang zu Land nicht nur die Grundlage der ökonomischen Reproduktion, sondern generell der kulturellen Identität der indigenen Gemeinschaften prägt. Zwar waren bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts stets Männer und Frauen in den Erntemonaten von Los Altos aus hinab in den küstennahen Soconusco gestiegen, um dort auf den Kaffeeplantagen der (häufig deutschen) Großgrundbesitzer zu arbeiten. Doch zu Beginn der 1970er Jahre spitzten sich die Konflikte um Ackerland weiter zu, da die Balance zwischen der Bewirtschaftung eigener (immer kleiner werdender) Parzellen und der temporären Erntearbeit für Großgrundbesitzer immer schwieriger zu halten war, und das Überleben der Familien im Rahmen dieser transregionalen Praxen nicht mehr gewährleistet werden konnte.

Zugleich zeigt das international bekannt gewordenen Beispiel der Gemeinde San Juan Chamula, dass die sozialen und ökonomischen Kämpfe um Landrechte zugleich auch an den traditionellen Gehorsamsstrukturen rütteln, die, verankert in der ökonomischen und sozialen Abhängigkeit von den lokalen Eliten und vielerorts legitimiert durch die Einbindung in traditionelle, synkretistisch-katholische Praxen, zunehmend in Frage gestellt wurden. So hatten sich beispielsweise Anfang der 1970er Jahren im Kampf gegen die herrschenden Machtcliquen um den Kaziken Salvador López Tuxum sowohl bilinguale Lehrer, entmachtete, randständige Kaziken sowie katholische und protestantische Katecheten zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Zwischen 1971 und 1973 konnten sie sich in lokalen Wahlen sogar durchsetzen, doch mit Hilfe der Polizei des Bundesstaates Chiapas wurden die alten Machthaber wieder eingesetzt. Ab November 1974 folgten gewaltsame Vertreibungen der Familien, die in der Opposition engagiert waren, nicht selten protestantische *indígenas*. Von staatlicher Seite wurden – und werden bis heute – diese Auseinandersetzungen zumeist als religiöse Streitigkeiten zwischen Katholizismus und den sich ausbreitenden evangelikalischen Kirchen interpretiert; eine Lesart, die sozial engagierte Katholiken wie der Erzbischof Samuel Ruiz verwerfen. Sie verweisen stattdessen auf die ökonomischen und sozialen Hintergründe der Auseinandersetzungen. Als Konsequenz wurden seit 1974 über 16.000 *indígenas* alleine aus der Gemeinde Chamula vertrieben. Sie siedelten sich im Großraum von San Cristóbal de las Casas an, wie viele andere die ihr Hab und

Gut in ihren Dörfern aus ähnlichen Gründen verlassen mussten (Gutiérrez Sánchez 2000: 48f.).

Die Missionserfolge der protestantischen Kirchen kann man in diesem Zusammenhang als bewusste Abwendung indigener Gemeinschaften von traditionellen Herrschaftsstrukturen verstehen (Gutiérrez Sánchez 2000: 48f.). Die Hinwendung zu einer neuen Religionsgemeinschaft, die anders als der traditionell-katholische Klerus nicht mit den alten Eliten verbunden ist, kann als imaginierter Grenzübertritt interpretiert werden, der den Bruch mit einer Reihe sozialer und kultureller Praxen bedeutet, die eng mit den Gehorsamsstrukturen verwoben sind. Konkret bedeutet dies keine (v.a. auch finanzielle) Teilnahme mehr an den Festen der Dorfheiligen und Distanz zu den kollektiven Besäufnissen.

El caso de Chamula es un claro ejemplo de cómo la tradición refuerza las estructuras locales caciquiles, que buscan imponer su criterio de autenticidad, bajo el miedo de perder o de tambalear el control y la centralización del poder (Gutiérrez Sánchez 2000: 49).

Aída Hernández Castillo (2001) geht noch weiter, wenn sie neben der Fähigkeit zur Restrukturierung gemeinschaftlichen Lebens für die indigenen Gruppen nach den durch die veränderten religiösen Diskurse entstehenden Möglichkeiten der Öffnung neuer Räume von *spaces of resistance* fragt. Am Beispiel der Mam-Indianer zeigt sie, wie unterhalb der Ebene einer scheinbar erfolgreichen Mestizierung durch den mexikanischen Nationalstaat in den 1930er und 1940er Jahren (Verbot der Mam-Sprache und öffentliche Verbrennung indigener Kleidung) Identitätsformen überleben konnten, die sich nicht in nationale oder auch regionale Identitätskonstruktionen einbinden ließen. Möglich wurde dies, weil viele Mam in der post-revolutionären Zeit der presbyterianischen mexikanischen Kirche beigetreten waren, die sich zwar stets zum nationalen Projekt des neuen mexikanischen Staates bekannte, deren Prediger aber zur Pflege der Mam-Sprache und anderer indigener Traditionen aufriefen bzw. diese erst hervorbrachten. Dadurch unterliefen sie die Interventionen des mexikanischen Staates, der die Mexikanisierung der Bevölkerung durch Diskriminierung jeglicher Indigenität zu befördern suchte. Auf Grund dieser widerstreitenden Praktiken wurde der konfessionelle Wechsel zur presbyterianischen Kirche zu einer Grenzüberschreitung, die indigenen Identitäten einen Schutzraum eröffnete, ein Ort des Sprechens in der

Sprache, die ein wichtiger Teil ihres Selbstverständnisses ist. Dieses Öffnen von Räumen seitens der protestantischen Missionare wurde durch Religionsübertritte honoriert und führte im Laufe der Zeit dazu, dass Protestant zu sein gleichbedeutend wurde mit indigen sein, denn Mestizen blieben in der Regel katholisch (Hernández Castillo 2001: 21-30, 42-48).

Manche der Mam-Gemeinden traten im Verlaufe der 1960er Jahren zu den Zeugen Jehovas über. Diese zeichnen sich nicht nur durch Alphabetisierungsanstrengungen der Gemeindemitglieder aus (im Rahmen des Bibelunterrichts) und den sehr strikten Regeln der Lebensführung. Zentral für das Selbstverständnis der Zeugen Jehovas ist ein anti-nationaler Diskurs, verbunden mit einer Verdammung jedweder weltlicher Autorität in Erwartung des Endgerichtes. Diese friedliche und zugleich konsequente Abwendung von den Institutionen des Staates (bzw. all seiner lokalen, hybriden Erscheinungsformen), verknüpft mit einer religiösen Praxis, die zum Finden eigener Positionen des Sprechens in einem Kontext jenseits der lokalen und zentralstaatlichen Machtkonfigurationen ermutigt, scheint auf indigene Gemeinschaften anziehend zu wirken, die die Institutionen des mexikanischen Staates und seiner lokalen Vasallen nur als Ausschlussmechanismen kennen gelernt haben. Es spricht demnach einiges dafür, dass im Zuge der Konversion die unterschiedlichen Diskurse, die dieser neuen Konfession eigen sind, sehr selektiv betrachtet und zur Grundlage eigenen Handelns gemacht werden:

It is precisely the internal contradictions of the discourse of the Jehova's witnesses that allow converts to make several readings at the same time. On the one hand, it promotes political demobilization by stating that only Armageddon will end the injustices of this world; on the other, it speaks constantly of the illegitimacy of the powers held by nation-states and the possibility of constructing a new nation based on social justice that extends beyond all borders (Hernández Castillo 2001: 91).

Bei der hier betrachteten Mam-Gemeinschaft führte der identitäre Grenzübertritt dazu, sich als Gruppe auf die Suche nach fruchtbarem Boden im lacandonischen Urwald zu machen, wo dann nahe der guatemaltekischen Grenze das *Ejido* "Las Ceibas" gegründet wurde (Hernández Castillo 2001: 81ff.). Ähnlich wie bei den Protestanten in Chamula eröffnete die Grenzüberschreitung hinein in eine andere Religionsgemeinschaft einen neuen Handlungshorizont. Aus dem imagi-

nierten Raum wurde durch das Besetzen und Urbarmachen von neuem Boden ein konkreter, mit neuen Möglichkeiten der Selbstorganisation. Ähnliche Migrations- und Kolonisierungsprozesse fanden auch im Gefolge der katholischen Katecheten statt, die ihren Ausgangspunkt in der Theologie der Befreiung fanden (Tello Díaz 1995).

Juristisch ermöglicht wurde die Suche nach dem versprochenen Land durch den Artikel 58 des mexikanischen Agrarreformgesetzes. Danach war es legal Land zu besetzen und in *Ejido*-Land umzuwandeln, solange der Boden in nationalem Besitz war. Die Besetzergruppe musste mindestens 20 Personen umfassen und seit mindestens einem halben Jahr zusammen sein und das Land bearbeiten (Hernández Castillo 2001: 83). Land, welches dem mexikanischen Staat gehörte und auf den lokale *finqueros* noch keinen Anspruch erhoben hatten, fand sich vor allem in der Selva Lacandona, aber auch in der Peripherie von San Cristóbal de las Casas. Dieses Land wurde während der Präsidentschaft von Luis Echeverría (1970-1976) für die Kolonisierung bzw. Besiedlung freigegeben. In San Cristóbal trafen seit Mitte der 1970er Jahre Flüchtlinge unterschiedlichster indigener Ethnien zusammen, die die gemeinsame Erfahrung des Kampfes um Land und der Vertreibung teilten. Zugleich bot sich den Kindern dieser Flüchtlinge hier eine bessere Chance, eine Grundschulbildung zu erhalten. Beides, die geteilte Erfahrung der Migration und die verbesserte Ausbildung, scheinen eine Erklärung dafür zu sein, warum sich aus den Flüchtlingsgemeinden der 1970er Jahre dann zehn Jahre später Dynamiken entwickelten, die dazu führten, dass San Cristóbal zu einem Ort wurde, von dem aus nicht nur viele *indígenas* weiter migrierten, in die Hauptstadt D.F. oder in die USA (Gutiérrez Sánchez 2000: 48) – sondern von dem auch ein politischer Aufbruch ausging.

In gewisser Weise trifft dies auch auf den lacandonischen Urwald zu, in dem *indígenas* aus dem chiapanekischen Hochland auf der Suche nach Land ebenso einen Rückzugsort fanden, wie ein großer Teil der guatemaltekenischen Bürgerkriegsflüchtlinge. Zwischen 1970 und 1990 stieg dort die Bevölkerung um 164,44% an, auf beinahe 400.000 Menschen (Gutiérrez Sánchez 2000: 96f.). Auch hier wurden die gemeinsamen Erfahrungen und Erzählungen – das Verlassen der eigenen Heimat auf Grund von Armuts- und Gewalterfahrungen – und die gemeinsame Organisation des Überlebens in den Flüchtlingsdörfern bedeutsamer, als die jeweilige Herkunft. Zu Beginn der 1970er Jahre

entstanden hier eine Reihe von politischen *campesinobewegungen* und Gewerkschaften, deren Aufgaben darin lagen, den Kampf um Land und die *gestión*, das Verhandeln mit dem mexikanischen Staat um materielle Unterstützung, *Ejido*-übergreifend zu organisieren. Zu einem Eckpunkt in dieser Entwicklung wurde 1974 auf Betreiben des Bischofs Samuel Ruiz (San Cristóbal de las Casas) die Gründung des *Congreso Indígena*. Dieser ermöglichte die Vernetzung von *indígenas* aus sehr weit auseinander liegenden Gemeinden. Die Handlungszusammenhänge, die hier entstanden, wurden bereits durch die Arbeitsmigration in einen größeren, transnationalen Kontext gestellt, eine Entwicklung, die durch die ankommenden guatemalteken Bürgerkriegsflüchtlinge noch intensiviert wurde (Gutiérrez Sánchez 2000: 108-115).

Just in the border region from Vértice de Santiago to Márques de Comillas, Chuj, K'anjobal, Mam, Tzotzil, Tzeltal Tojolabal, Chol, Zoqü, Nahuatl, and Chinanteco settlements were found together with mestizos from Veracruz, Hidalgo, Tabasco, Oaxaca, Guerrero, Campeche, Durango, and the Distrito Federal [...]. In addition to cultural exchange, evident in linguistic loans and the strengthening of indigenous languages that had almost vanished, such as Chuj and K'anjobal, there was sharing of organizational experiences. The community was no longer the main reference point for these settlers, and new social spaces were created through peasant organizations, religious groups, and commercial networks (Hernández Castillo 2001: 205).

Auch wenn sich die Positionen des mexikanischen Nationalstaates und hierbei insbesondere der Zentralregierung im *Distrito Federal* gegenüber diesen neuen Räumen wandelten, so blieben sie doch stets in sich widersprüchlich. Ab den 1970er Jahren erleichterte die Umwandlung nationalen Bodens in *Ejido*-Land den Aufbau neuer Gemeinden in den Kolonisationsgebieten der *Selva Lacandona* – oftmals auf Kosten der Lebensweise der dort beheimateten indianischen Gruppen. Die Abänderung des Artikels 27 der Verfassung im Februar 1992 bedeutete jedoch das Ende dieser Umverteilungsmöglichkeiten und eröffnete umgekehrt den Weg, ejidiales Land zu privatisieren. Die durch die neoliberale Politik v.a. während der Präsidentschaft von Salinas de Gortari (1988-1992) ermöglichten Privatisierungen und die Beendigung der Agrarreform brachte eine steigende Zahl von *indígenas* um die Hoffnung, jemals eigenes Land bewirtschaften zu können. Die damit verbundene Bedrohung ihrer Lebensgrundlage wurde von den

indigenen Gemeinden als ein Angriff auf ihre Lebensformen interpretiert. Regionale Entwicklungs- und Sozialprogramme scheiterten insbesondere in Chiapas an den Rivalitäten zwischen den 'Reformern' in der Regierung Salinas und den regionalen und lokalen Machtcliquen, die so wenig wie möglich Einmischung von Seiten des Zentrums duldeten.

Nur einen Monat vor der Streichung der Agrarreform aus der Verfassung wurde der Artikel 4 dahingehend erweitert, dass Mexiko sich nun als eine multikulturelle, die indigenen Sprachen und Kulturen fördernde Nation verstand (Hernández Castillo 2001: 188). Nichts verdeutlicht besser die Zweideutigkeit zentralstaatlicher Interventionen in Chiapas; beendete doch die Erweiterung des Artikels 4 offiziell das revolutionäre Konzept einer homogenen mexikanischen Nation,⁴ verschloss zugleich das Ende der Agrarreform die Möglichkeiten, kollektive Formen von (Land-)Besitz weiterzuentwickeln.

4. Die heimliche Invasion oder – Chiapas reicht von Los Angeles bis San Salvador

Mehr als die vielschichtigen Grenzüberschreitungen innerhalb des mexikanischen Territoriums und auch mehr als "La Rebelión de las Cañadas", als welche Carlos Tello Díaz 1995 die Rebellion der EZLN beschreibt, sind es die transnationale Migration und die organisierte internationale Kriminalität, die die 'Gebietsherrschaft' des mexikanischen Staates in Frage stellen. Allerdings ist es dabei nicht einfach, eine deutliche Trennlinie zu ziehen zwischen organisiertem Menschen-, Waffen- und Drogenhandel sowie den regional und lokal agierenden Sicherheitskräften.

Unterhalb der Ebene des territorial definierbaren Grenzraumes zwischen Mexiko und Guatemala sind klandestine Sphären entstanden, die sich quer zur Grenze von Mittelamerika über Mexiko bis tief

4 Der staatlichen Anerkennung der kulturellen Vielfalt auf mexikanischem Boden waren bereits andere Entwicklungen vorangegangen. Dazu gehörte 1987 die Gründung des indigenen Radiosenders *La Voz de la Frontera Sur* in Chiapas. Der Sender, finanziell unterstützt durch die staatliche Behörde *Instituto Nacional Indigenista*, ermöglichte durch seine Radiosendungen in indigenen Sprachen die Kontaktaufnahme zwischen den in Chiapas teilweise weit verstreut lebenden indigenen Gemeinden; so verdichteten sich die Kommunikationsräume, die bis hinein nach Guatemala reichen (Hernández Castillo 2001: 97).

hinein in die USA erstrecken und ihrerseits wiederum Grenzen ziehen. Sie sind an die Bedingungen geknüpft, die sich durch transnationale Migration ergeben, aber sind durch sie alleine nicht zu verstehen. Es sind Räume gemeinsamer Praktiken, Erfahrungen und Kommunikation. Sie existieren teilweise parallel zueinander, teilweise überschneiden sie sich. Sie sind Ausdruck von räumlicher Vermachtung, ohne – oder in nur beschränktem Ausmaße – “territorial bestimmbare Raumlinien herausbilden” (Albert 1996: 201) zu können. Was wir in Chiapas beobachten können, sind unterschiedliche Formen aterritorialer Räume, die sich durch ihren transnationalen und transethnischen Charakter auszeichnen. Sie sind entstanden im Zuge von Migrationsrouten ebenso, wie durch autonome indigene Bewegungen und den Handel mit Gütern unterschiedlichster Art. Diese Netzwerke geteilter Erfahrungen und Praxen sind eine Form “abstrakter Räumlichkeit”, deren

Repräsentationen des (Herrschaftsraumes) immer weniger territorialer als vielmehr “strömender” Natur sind und sich in diesem Prozess Bedeutung, Funktionszuschreibung und auch Herrschaftskompetenz an bestimmten Plätzen verändert (Albert 1996: 201).

Es sind zugleich umkämpfte Räume, von deren Beherrschung sich die lokalen Kaziken die Sicherung ihrer politischen Macht, die *finqueros* die Garantie billiger Arbeitskräfte und die Jugendbanden Wegezoll erhoffen.

In den öffentlichen Blick geraten sind seit Ende der 1990er Jahre jedoch vor allem mittelamerikanische Jugendbanden, zumeist aus El Salvador und Honduras, bekannt unter dem Sammelbegriff “Maras”. Dieser geht zurück auf die wahrscheinlich älteste mittelamerikanische Jugendgang, die “Mara Salvatrucha 18”, die sich Ende der 1970er Jahre in Los Angeles aus Kindern vor allem salvadorianischer Migranten formiert hatte; wie so häufig bei Jugendbanden als Schutzmaßnahme vor Übergriffen gegen andere Straßengangs in den Armenvierteln von Los Angeles. Von denen schauten sie sich auch das Konzept der US-amerikanischen Gang ab: Identifikation über bestimmte Farben und Handzeichen, Verbrechen als Initiationsrituale, Graffiti an den Wänden zur Markierung des eigenen Territoriums und Tätowierungen am Körper um Zugehörigkeit und Loyalität sichtbar zu machen. In den 1980er Jahren kamen immer mehr mittelamerikanische Bürgerkriegsflüchtlinge nach Los Angeles, viele hatten als Ex-Soldaten oder Ex-Guerilleros nicht nur Erfahrungen mit Gewalt hinter sich, sondern

verfügten über eine gute Ausbildung an Waffen und anderem Kriegsgeschütz. Ihr Wissen aus den Bürgerkriegen Zentralamerikas half den unterschiedlichen mittelamerikanischen Gangs, sich in Kalifornien auf dem umkämpften Markt für Drogen, Waffen und Menschen bald durchzusetzen (Valdez 2000). Mitte der 1990er Jahre saßen viele von ihren Anführern in US-Gefängnissen und wurden in ihre Heimatländer abgeschoben. Dort traf das Konzept der Jugendgang nach US-amerikanischem Vorbild auf fruchtbaren Boden: unzählige arbeitslose Jugendliche, die in den Armeen und Guerillaorganisationen Mittelamerikas gekämpft hatten und im Frieden heimatlos geworden waren, fanden so einen neuen Lebensmittelpunkt. Mit ihren Verbindungen in die USA, ihrer Gewaltbereitschaft und ihren Kenntnissen um die transnationalen klandestinen Wege zwischen Zentral- und Nordamerika wurden sie in den letzten Jahren zu den wichtigsten Akteuren an den Schleusen, über welche ein beträchtlicher Teil des illegalen Handels mit Menschen, Waffen und Drogen zwischen den USA und dem Rest der Hemisphäre abläuft.

In den Medien wird die Bandenkriminalität häufig mit den Transmigrationsprozessen von Mittelamerikanern in Verbindung gebracht. Doch sind die Arbeitsmigranten meist die ersten Opfer der Banden, die sie entweder von den verborgenen Wegen vertreiben, sie beispielsweise von den Zügen verdrängen, sie ausrauben oder von ihnen Schutzgelder für die Überfahrt erpressen bzw. Flüchtlingsfrauen und -kinder zur Prostitution zwingen (Hernández 2004; Ronquillo 2004a; 2004b). Inzwischen agieren sie in den chiapanekischen und guatemaltekenischen Grenzstädten vollkommen offen, erpressen Schutzgeld und vergewaltigen ungestraft, da die örtlichen Polizeibehörden offenbar weder in der Lage noch Willens sind, einzugreifen. Erst mehrere Demonstrationen im Grenzort Tapachula gegen dessen Bürgermeister Blas Zamora (im Volksmund "Blas La Mara" genannt) und für mehr öffentliche Sicherheit Ende 2004 führte zu einer größeren Aktion der mexikanischen Bundespolizei *Policía Federal Preventiva* gegen die "Maras". Doch der Einsatz von 1221 Polizisten, rund 600 Fahrzeugen und drei Hubschraubern blieb erfolglos; lokale Sicherheitskräfte sollen die Aktion verraten haben (Ronquillo 2004a).

Den "Maras" ist es gelungen, die klandestinen Wege nach Norden weitgehend unter ihre Kontrolle zu bringen und entweder Wegezoll von den Flüchtlingen zu kassieren, oder sie in die Prostitution zu

zwingen. Die Güterzüge, die zwischen der Grenzstadt Tecún Umán und den Bundesstaaten Sonora und Chihuahua im Norden der Republik verkehren, sind ein beliebtes Transportmittel der illegalen Arbeitsmigranten. Immer häufiger aber vertreiben die "Maras" die Migranten von den Zügen und kommen darin den staatlichen Bestrebungen entgegen, die auf eine stärkere Kontrolle der Transmigration zielen. Allerdings benötigen die "Maras" die Waggonen für ganz andere Zwecke – den Drogen- und Waffenschmuggel.⁵ Dieser soll nämlich reibungslos und möglichst ohne Zeugen ablaufen können; weshalb die Arbeitsmigranten verschwinden müssen.

5. *Re-bordering* – die neue Logik der Sicherheit

Auch wenn wir bereits darauf hingewiesen haben, dass sich das Konzept national definierter Territorialität weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart des südlichen Grenzraumes hatte durchsetzen können, impliziert dies jedoch im Umkehrschluss weder die Abwesenheit dieses Konzeptes, noch eine Bedeutungslosigkeit des mexikanischen Staates. Das Gegenteil ist der Fall. Allerdings wandelt sich der Kontext, in welchem der Nationalstaat auftritt. Beschränkte er sich in der Vergangenheit in erster Linie auf seine Personifizierung im Präsidenten, der einerseits Legitimität durch seine Anrufung einer imaginären mexikanischen Nation bezog und andererseits auf das Bündnis mit den lokalen Kaziken angewiesen war, um die Machtbalance zwischen Zentrum und Peripherie herstellen zu können, so versteht sich der mexikanische Staat im Süden inzwischen zunehmend als Garant territorialer Integrität im Kontext Nordamerikas. Damit spiegelt sich auf der diskursiven Ebene wider, was man als die schrittweise funktionale Einbindung Mexikos in eine von den USA vorangetriebene supranationale Sicherheitsstrategie für die westliche Hemisphäre bezeichnen kann. Diese hemisphärische Sicherheitsstrategie ist Ausfluss eines Paradigmas, innerhalb dessen Rahmens Begriffe wie 'nationale Sicherheit' oder 'vitales Interesse' an Bedeutung gewinnen und Voraussetzungen geschaffen werden für neue Feindkonstruktionen. Deshalb wollen wir, bevor wir uns den daraus folgenden Conse-

5 Jeder dieser Güterzüge wird von bis zu 60 "Maras" begleitet; häufig sind darüber hinaus die Waggonen für den Drogentransport extra noch mit einer offiziellen Zollversiegelung versehen (vgl. Ronquillo 2004a: 10).

quenzen im Süden Mexikos zuwenden können, zunächst einen kurzen Blick auf die Entwicklung dieses neuen US-amerikanischen Sicherheitsparadigmas für die westliche Hemisphäre werfen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges begann die US-Sicherheits-*community* sich über neue Bedrohungsszenarien zu verständigen und der Begriff des *asymmetrical warfare* tauchte verstärkt in Fachzeitschriften des US-Militärs auf (Small 2000). Unkontrollierte Immigration und Drogenhandel gerieten in das Zentrum der Gefahrenanalyse (Huntington 1993; 2004). Entscheidend für die Beurteilung ihres Gefahrenpotentials scheint dabei vor allem das Moment der Bewegung zu sein; bedrohlich erscheinen die Tagelöhner im Süden der westlichen Hemisphäre erst im Augenblick ihrer Bewegung gen Norden. Erst ihre Grenzüberschreitung und die damit einhergehende Vermachtung neuer Räume jenseits nationalstaatlicher Territorialgewalt macht aus ihnen ein Sicherheitsrisiko. Daran hat sich auch im Zuge des "Krieges gegen den Terror" nichts geändert, im Gegenteil:

Take out the word "terrorism" and put in the words "drug trafficking" or "illegal immigration" and the new discourse of border security is remarkably similar to the older discourse that has defined U.S. border relations with Mexico (Andreas 2002: 199).

Der neue *war on terror* findet paradigmatisch auf derselben Ebene statt, wie die Bekämpfung des Drogenhandels oder die illegale Einwanderung, nämlich auf der Ebene des Individuums. Bereits seit Beginn der 1990er Jahre lässt sich eine schrittweise Verschiebung des sicherheitsparadigmatischen Blickwinkels von der Ebene der Staaten über die Gesellschaftswelt auf das Individuum beobachten, oder präziser: auf grenzüberschreitende Bewegungen von Individuen.⁶ Heute dominiert das neu geschaffene Ministerium für die Sicherheit des Heimatlandes (*Department of Homeland Security*) das sicherheitspolitische *Agendasetting* in den USA. Dessen Fokus liegt im *re-bordering*, im Revitalisieren alter und im Aufziehen neuer Grenzen. Wie der

6 Noch in den euphorischen 1990er Jahren galt es "to make the world safe for democracy" (Bill Clinton) und die Sicherheitsdoktrin der USA spiegelte die Vorstellung, dass in der globalen Verbreitung und Verteidigung bestimmter Werte die vitalen Interessen der USA lägen (vgl. Joint Chiefs of Staff 1995). Damit war der sicherheitspolitische Blick in erster Linie auf die Ebene der Gesellschaftswelt gerichtet (vgl. Czempiel 1993). Das hat sich spätestens nach dem 11. September 2001 grundlegend gewandelt.

Name bereits angedeutet, steht die Absicherung – man könnte auch sagen: Abschottung – des *homeland* im Zentrum der aktuellen US-amerikanischen Sicherheitsstrategie. Zentraler Gegenstand dieser Strategie ist dabei das die Grenzen des *homeland* überschreitende Individuum (DHS 2004; Office of Homeland Security 2002). Oder anders formuliert: “Management of territories is disappearing in favor of management of people” (Bigo 2001: 111).

Was hat nun aber die Verlagerung der Feindkonstruktion auf die Ebene des Individuums in Verbindung mit der Annahme von *unclear intentions*⁷ dieser Individuen zur Folge? In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass künftig jedwede Person als eine theoretisch mögliche Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA zu behandeln sei. In diesem Zusammenhang werden Diskussionen, die innerhalb des US-Militärs mit Begriffen wie “Citizens as Warriors” oder “The City as a Battlespace” geführt werden (Heal 2000), verstehbar, die die schrittweise Übertragung polizeilicher Aufgaben auf militärische Institutionen widerspiegeln und im Gegenzug Polizeiapparate militarisieren.

Some hawks of LIC [low intensive conflict, d. A.] have developed an analytical framework that seeks to delegitimize political actions by criminalizing them, from the revolution in Iran to the fall of the Berlin Wall. There has been much talk of narcoguerrillas and of the criminalization of clandestine organizations. Crime, borders, immigration, threats to national identity, and fifth column ideology have become inextricably intermingled and reworked into a matrix that is almost entirely a product of the defence research that forged the actors’ habitus and that in extreme cases can lead to McCarthyism (Bigo 2001: 108).

Um die neue Sicherheitsarchitektur in der westlichen Hemisphäre aufzubauen, forcieren die USA zum einen ihr Ausbildungsprogramm für lateinamerikanische Streitkräfte, mit dem sie ihren Einfluss auf die lokalen und regionalen Sicherheitsapparate in der *Western Hemi-*

7 Diskutiert werden auch Veränderungen vom Verhältnis zwischen den militärischen Fähigkeiten eines Gegners, die in Zeiten asymmetrischer Kriegsführung als überschaubar gelten, und den häufig unklaren Vorstellungen über die Intentionen eines möglichen Gegners: “determining intent is the only remaining option to identify threats. [...] The Cold War environment of clear intentions but unknown capabilities has changed to one of given capabilities, but unclear intentions” (Flynt 2000: 13).

sphere absichern.⁸ Zum zweiten haben sie die Organisation ihrer militärischen Befehlszentren umgebaut. Das für Lateinamerika zuständige Befehlszentrum ist das *SouthCom – Southern Command*, dessen Sitz sich 1997 von Panama nach Miami verlagerte und dem im selben Jahr auch die Karibik unterstellt wurde, die bis dato organisatorisch zum *Joint Forces Command* (Organisation der Streitkräfte im Atlantik und Europa) gehörte – wohl wegen der nun historischen Beziehung zwischen dem Sowjetblock und Kuba. Die zentrale Aufgabenstellung für *SouthCom* war nicht die Vorbereitung auf einen Krieg, sondern die Organisation der militärischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen lateinamerikanischen Streitkräften mit den USA als Vermittler und die Unterstützung bei Polizeioperationen etwa gegen Drogenhandel. In den Stellungnahmen von US-Militärs wurde dabei stets betont, dass Mexiko weder Teil des *SouthCom*-Bereiches, noch sonst einer militärischen Kooperation mit den USA sei (JFQ Forum 2000; Griffith 2000, Mendel 2001). Das änderte sich mit dem am 1. Oktober 2002 geschaffenen *NorthCom – Northern Command*. Der Einfluss dieses Befehlszentrums umfasst ganz Nordamerika, zudem aus US-Sicht nun offiziell auch Mexiko gehört. *NorthCom* ist dem neu geschaffenen *Department of Homeland Security* zur Seite gestellt, das polizeiliche und nachrichtendienstliche Aktivitäten vernetzen soll (DHS 2004).

In Reaktion auf die bevorstehende Arbeitsaufnahme von *NorthCom* hatte das mexikanische Verteidigungsministerium bereits ein halbes Jahr vorher wiederholt darauf hingewiesen, dass mit der Einbindung in eine nordamerikanische Verteidigungsstruktur kein Souveränitätsverlust Mexikos einherginge (Medellín et al. 2002). Es wäre jedoch falsch anzunehmen, dass mit der Einbindung Mexikos in *NorthCom* eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen den USA und seinem südlichen Nachbarn am Entstehen sei. Wohl eher das Gegenteil kann beobachtet werden, vor allem daran, wie Mexiko als vorgelegter Grenz- und Schleusenraum funktional in die US-amerikanische Sicherheitsplanung eingepasst wird. Dies geschieht auf der institutionellen und der geopolitischen Ebene.

8 Wichtigstes Instrument der US-Sicherheitspolitik in Lateinamerika wurde in den 1990er Jahren das Programm *International Military Education and Training* (IMET) (Cope 1998: 70).

Auf der institutionellen Ebene ist das mexikanische Militär Hauptansprechpartner für US-amerikanische Wünsche hinsichtlich gemeinsamer Polizeimaßnahmen (Deare 2000), etwa gegen die Drogenmafia, "Narcos" genannt; schlicht weil die Streitkräfte als weniger korrupt gelten als die Polizei. Formal gibt es drei Einsatzbereiche des Militärs: die Verteidigung des mexikanischen Territoriums ohne fremde Hilfe (DN-I), der Schutz der politischen Institutionen des Landes gegen Aufstände im Inneren (DN-II) und der Beistand bei Naturkatastrophen (DN-III). Zieht man sowohl Finanzierung als auch Aufstellung des Militärs in Betracht, dann zeigt sich, dass die Landesverteidigung in den letzten Jahrzehnten kein Einsatzszenario für das Militär war. Im Vordergrund stand in der Vergangenheit stets die militärische Kontrolle sozialer Konflikte auf dem Land. Zwei Entwicklungen führten das mexikanische Militär im Verlauf der 1990er Jahre stärker an polizeiliche Aufgaben heran und vertieften die bereits existierende Hybridisierung der mexikanischen Sicherheitsstruktur, also die immer unschärfere Trennung zwischen militärischer und polizeilicher Aufgabenstellung innerhalb der unterschiedlichen Sicherheitsapparate:⁹ die zunehmende Bedeutung der Bekämpfung des Drogengeschäfts und die im Zuge von NAFTA stetig steigende Kriminalität, die nun auch die Mittel- und Oberschichten in Unsicherheit versetzte. Auf Grund der als wenig reformfähig geltenden Generalstaatsanwaltschaft (PGR – *Procuraduría General de la República*) und der ihr untergeordneten Kriminalpolizeieinheiten wandten sich die USA – auf der Suche nach einem Partner im Anti-Drogenkampf – an das Militär und banden es in grenzüberschreitende Polizeiaktionen ein. Zudem wurden auf Grund der Korruptionsfälle in vielen großen Städten die Polizeidirektoren durch Militärs ersetzt – was die Glaubwürdigkeit der zivilen Strafverfolgungsorgane weiter reduzierte, da Militärs im Fall von Regelverletzungen nicht vor einem zivilen Gericht abgeurteilt werden können und so die *impunidad*, die Straffreiheit, innerhalb vieler Polizeibehörden teilweise noch zunahm (Benítez Manaut 1998; Wager 1998).

9 Das jüngste Beispiel für die sinkende Hemmschwelle der mexikanischen Exekutive, das Militär für polizeiliche Aufgaben einzusetzen, ist die Erstürmung und Besetzung des so genannten Hochsicherheitsgefängnisses "La Palma", um den einsitzenden Mafiabossen die Kontrolle über das Gefängnis zu entreißen (vgl. Tirado 2005).

Die Hybridisierung der mexikanischen Sicherheitskräfte¹⁰ ist hilfreich, um den am 1. Juli 2001 in Kraft getretenen *Plan Sur*, "American inspired" (Grayson 2003: 3), umzusetzen. Dieses von der Regierung Fox vorgestellte Sicherheitskonzept für den Süden Mexikos gilt als eine Vorbedingung für das seit Ende der 1990er Jahre in Entwicklung befindliche Projekt *Plan-Puebla-Panamá* (PPP), das das gesamte Gebiet von Puebla bis hinab zum Panamakanal restrukturieren soll (Grayson 2002). Der *Plan Sur* besteht im Wesentlichen aus drei Teilen: einem Rückführungsprogramm von aufgegriffenen Migranten aus Mittelamerika in ihre Heimatländer, einer Verstärkung der Grenzkontrollen an der mexikanisch-guatemalteckischen Grenze und dem Aufbau eines Systems aus Kontrollposten entlang des nur 150 Meilen breiten "Isthmo de Tehuantepec" in Oaxaca. Dadurch wird Mexiko geostrategisch zu einer einzigen Grenzregion der USA und zugleich zu einer Pufferzone, zu einem mehrstufigen Stau- und Schleusenraum, in dem Wanderungsbewegungen effektiver kontrolliert werden sollen (Sandoval Palacios 2003). Zuerst diskursiv und nun auch sicherheitsstrategisch eingebunden in ein 'Nordamerika' ist Mexikos Südgrenze zugleich zur Außengrenze des amerikanischen Nordens geworden, obwohl es den Bewohnern entlang dieser Südgrenze nicht leicht gemacht wird, ihr neues 'Zentrum' auch zu erreichen. In diesem Szenario sind Mittelamerika und der Panamakanal weitere Staustufen eines Befestigungsprojektes, um den Austausch von Menschen und Gütern zwischen Süd- und Nordamerika unter Kontrolle zu bringen (Mendel 2000; 2001).

Zu Beginn unseres Beitrages hatten wir vorgeschlagen, den Süden Mexikos zu verstehen durch das Sichtbarmachen seiner Vielfalt aterritorialer, Staatsgrenzen überlagernder Räume, die durch verschiedenste Grenzüberschreitungen und Migrationsprozesse entstehen; die aber zugleich von unterschiedlichsten Gruppen umkämpft und immer wieder vermachtet werden (etwa von Maras und Paramilitärs). Zudem haben wir argumentiert, dass eben diese Entwicklungen mit dazu beigetragen haben, das Sicherheitsparadigma der USA dahingehend zu

10 "Militaries around the world are restructuring in response to new operational environments that blur distinctions between national security and public safety", heißt es in einer Analyse der mexikanischen Sicherheitskräfte; insbesondere der seit 1998 im Aufbau befindlichen PFP, die sich zu großen Teilen aus ehemaligen Soldaten rekrutiert (Turbiville 2000: 41; 2001).

verändern, dass sich der Blick von der Staatenebene auf das wandernde Individuum gewendet hat. Damit verbunden verwandeln sich die USA zunehmend in eine Festung gegenüber dem Süden. Ihr Bemühen um eine Kontrolle von Wanderungsbewegungen und Handelsrouten vergegenständlicht sich einerseits in einer Zunahme von Grenzkontrollen entlang ihrer territorialen Außengrenze. Zugleich aber haben die Vereinigten Staaten als Antwort auf die entstandenen aterritorialen Migrationsräume begonnen, neue Demarkationslinien außerhalb ihres Territoriums zu ziehen, Grenzlinien, die Mittelamerika in funktionale Räume einteilen und sich weniger an den traditionellen Grenzen staatlicher Territorien orientieren. Möglicherweise können wir hier im Zuge von "Debordering processes in the world of states" bereits ein "debordering of the world of states" beobachten (Albert/Brock 2000: 20). Dennoch bleibt fraglich, ob die in erster Linie territoriale Antwort der USA auf ein Phänomen wie die Migration, das sich zu einem großen Teil auf die Schaffung aterritorialer Räumlichkeiten stützt, aus Sicht der USA Erfolg versprechend sein kann. Für den mexikanischen Staat zumindest gehen diese Prozesse einher mit dem weiteren Verlust "effektiver Gebietsherrschaft" – nicht nur in Chiapas, sondern weit darüber hinaus.

Literaturverzeichnis

- Albert, Mathias (1996): *Fallen der (Welt-)Ordnung. Internationale Beziehungen und ihre Theorien zwischen Moderne und Postmoderne*. Opladen: Leske + Budrich.
- Albert, Mathias/Brock, Lothar (2000): "Debordering the World of States: New Spaces in International Relations". In: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Civilizing World Politics. Society and Community beyond the State*. Lanham: Rowman & Littlefield, S. 19-43.
- Albert, Mathias/Jacobson, David/Lapid, Josef (Hrsg.) (2001): *Identities, Borders, Orders. Rethinking International Relations Theory*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Andreas, Peter (2002): "The Re-Bordering of America After 11 September". In: *Brown Journal of World Affairs*, VIII.2 (Winter), S. 195-202.
- Ángel Castillo, Manuel (2003): "The Mexico-Guatemala Border: New Controls on Transborder Migrations in View of Recent Integration Schemes?" In: *Frontera Norte*, 15.29 (Jan.-Juni), S. 35-64.
- Benítez Manaut, Raúl (1998): "Mexican National Security at the End of the Century: Challenges and Perspectives". In: Benítez Manaut, Raúl/Wager, Stephen J. (Hrsg.): *National Security and Armed Forces in Mexico: Challenges and scenar-*

- ios at the End of the Century* (Working Paper Series, Number 236). Washington, D.C.: Woodrow Wilson International Center for Scholars, S. 1-31.
- Bigo, Didier (2001): "The Möbius Ribbon of Internal and External Security(ies)". In: Albert, Mathias et al. (Hrsg.): *Identities, Borders, Orders. Rethinking International Relations Theory*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, S. 91-116.
- Cope, John A. (1998): "A United States View of Strategic Balance in the Americas". In: Tulchin, Joseph S. et al. (Hrsg.): *Strategic Balance and Confidence Building Measures in the Americas*. Stanford: Stanford University Press, S. 60-75.
- Czempiel, Ernst-Otto (1993): *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. München: C. H. Beck.
- Deare, Craig A. (2000): "Mexico's Search for a New Military Identity". In: *Joint Force Quarterly* (Frühjahr), S. 70-74.
- DHS (U.S. Department of Homeland Security) (2004): "Securing Our Homeland. U.S. Department of Homeland Security Strategic Plan". In: <http://www.dhs.gov/interweb/assetlibrary/DHS_StratPlan_FINAL_spread.pdf> (20. Januar 2004).
- Fábregas Puig, Andrés (1998): "Visión de la frontera sur mexicana". In: *Comercio Exterior*, 48.4 (April), S. 309-313.
- Flynt, Bill (2000): "Threat Kingdom". In: *Military Review* 80 (Juli-Aug.), S. 12-21.
- Grayson, George W. (2002): "Mexico's Forgotten Southern Border. Does Mexico practice at home what it preaches abroad?" In: *Center of Immigration Studies, Backgrounds*, Juli 2002 <<http://www.cis.org/articles/2002/back702.html>> (20. Januar 2004).
- (2003): "Mexico Alert. Mexico's Southern Flank: A Crime-ridden 'Third U.S. Border'". In: *Center for Strategic and International Studies, Hemisphere Focus*, XI.32 (22. Dez. 2003), S. 1-4.
- Griffith, Ivelaw L. (2000): "U.S. Strategic Interests in Caribbean Security". In: *Joint Force Quarterly* (Frühjahr), S. 64-69.
- Gutiérrez Sánchez, Javier (2000): *La migración indígena en la frontera sur. Causas y perspectivas*. México D.F.: INI, PNUD.
- Heal, Sid (2000): "Crowds, Mobs and Nonlethal Weapons". In: *Military Review* 80 (März-April), S. 45-50.
- Hernández, Rogelio (2004): "El sur, la frontera porosa de México". In: *Milenio semanal* 378 (13. Dez.), S. 34-35.
- Hernández Castillo, R. Aida (2001): *Histories and Stories from Chiapas: Border Identities in Southern Mexico*. Austin: University of Texas Press.
- Huffschmid, Anne (2004): *Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit*. Heidelberg: Wissenschaftsverlag der Autoren.
- Huntington, Samuel P. (1993): "New Contingencies, Old Roles". In: *Joint Force Quarterly* (Frühjahr), S. 38-43.
- (2004): *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*. New York: Simon & Schuster.

- Instituto Nacional de Migración (2004): "El INM en números". In: <<http://www.inami.gob.mx/afuente/documentos/comunicacion/presentacioninparte2nov.swf>> (20. Januar 2004).
- JFQ Forum (2000): "The Security of the Americas". In: *Joint Force Quarterly* (Frühjahr).
- Joint Chiefs of Staff (1995): *National Military Strategy of the United States of America*. Washington D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Kruip, Gerdard (2004): "Religion, Kirche und Staat". In: Bernecker, Walter/Braig, Marianne/Höhlz, Karl/Zimmermann, Klaus (Hrsg.): *Mexiko heute. Politik – Wirtschaft – Kultur*. Frankfurt/Main: Vervuert Verlag, S. 149-173.
- Maihold, Günther (2001): "Der Plan Puebla-Panama – Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu". In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 22, S. 237-243.
- Medellín, Jorge Alejandro et al. (2002): "Niega Defensa que Comando Norte implique compromisos". In: *El Universal* (19. April), S. 6.
- Mendel, William W. (2000): "Under New Ownership. It's Panama's Canal". In: *Military Review* 80 (Juli-Aug.), S. 22-31.
- (2001): "Colombia's Threats to Regional Security". In: *Military Review* 81.3 (Mai-Juni), S. 2-15.
- Office of Homeland Security (2002): *The National Strategy for Homeland Security*. Washington, D.C.: The White House.
- Ronquillo, Víctor (2004a): "Al rescate de la frontera sur". In: *Milenio semanal* 377 (6. Dez.), S. 8-11.
- (2004b): "De pandilla de barrio a amenaza para la seguridad nacional". In: *Milenio semanal* 377 (6. Dez.), S. 12-13.
- Sandoval Palacios, Juan Manuel (2003): "Migración y seguridad nacional en las fronteras sur y norte de México". Arbeitspapier für den 1er Encuentro internacional sobre desarrollo en el sur de México y Centroamérica, 4.-6. Juni 2003, Universidad Autónoma de Chiapas, San Cristóbal de Las Casas, Chiapas.
- Small, Stephen C. (2000): "Small Arms and Asymmetric Threats". In: *Military Review* 80 (Nov.-Dez.), S. 33-41.
- Smith, James (2001): "Mexico Curbs Neighbors' Migrant Flow. Deportations of U.S.-bound Central Americans are aimed at reducing nation's crime". In: *LA Times*, 2. Sept. 2001 <<http://www.globalexchange.org/countries/mexico/news/latimes090201.html.pf>> (16. Januar 2004).
- Tello Díaz, Carlos (1995): *La rebelión de las Cañadas*. México D.F.: Cal y Arena.
- Tirado, Erubiel (2005): "Ahí vienen los militares". In: *Proceso* 1471 (16. Jan.), S. 8-11.
- Turbiville Jr., Graham H. (2000): "Mexico's Multimission Force for Internal Security". In: *Military Review* 80 (Juli-Aug.), S. 41-49.
- (2001): "Mexico's Evolving Security Posture". In: *Military Review* 81.3 (Mai-Juni), S. 39-46.
- Valdez, Al (2000): "Mara Salvatrucha. A South American Import". In: <<http://www.nagia.org>> (25. Mai 2004).

- Wager, Stephen J. (1998): "Perspectives on the Mexican Military at the Turn of the Century". In: Benítez Manaut, Raúl/Wager, Stephen J.: *National Security and Armed Forces in Mexico: Challenges and scenarios at the End of the Century* [Working Paper Series, Number 236]. Washington, D.C.: Woodrow Wilson International Center for Scholars, S. 32-39.